Antragsteller: Kreisverband Merzig-Wadern

A 15: Justiz handlungsfähig machen: Struktur, Personal, Qualität

Der Saarlandtag möge beschließen:

Die Junge Union Saar fordert eine Strukturreform und Personaloffensive für die saarländische Justiz. Insbesondere fordert sie:

1. die Reduzierung der Zahl der derzeit zehn Amtsgerichtsstandorte durch Zusammenlegung zu größeren, leistungsfähigen Einheiten, verbunden mit digitalen Zugängen für Bürgerinnen und Bürger;

2. die Schaffung von mindestens 20 zusätzlichen Planstellen für Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte;

3. die Behebung des Defizits von über 60 Stellen im mittleren Dienst der ordentlichen Gerichtsbarkeit;

4. zusätzliche Stellen im allgemeinen Vollzugsdienst und im Sozialdienst des Justizvollzugs;

5. die flächendeckende Einführung der E-Akte in Strafverfolgung und Strafgerichtsbarkeit, die Digitalisierung der Geschäftsstellen und eine digitale Diktiersoftware;

6. keine Übertragung von Verfahren auf Proberichterinnen und Proberichter als Einzelrichter sowie den Einsatz als Ermittlungsrichter erst nach Erfahrung in der Strafgerichtsbarkeit.

Die Junge Union Saar setzt sich dafür ein, dass diese Forderungen in das Regierungsprogramm der CDU Saar zur Landtagswahl 2027 aufgenommen werden.

Begründung:

Gemessen an Einwohnerzahl und Fläche hat das Saarland zu viele kleine Amtsgerichte. Kleine Standorte sind schwer zu besetzen und kaum vertretungsfähig. Größere Einheiten senken Kosten und ermöglichen eine bessere Personalausstattung. Ein Rechtsstaat, der schnell entscheidet, braucht konkrete Stellenzusagen statt allgemeiner Absichtserklärungen. Zugleich muss die Qualität der Rechtsprechung gesichert sein: Gerade in eingriffsintensiven Bereichen sollen erfahrene Richterinnen und Richter entscheiden.

Empfehlung der Antragskommission

O Annahme O Ablehnung O Annahme i.g.F. O Verwiesen an_____

O Erledigt durch _____ O Nichtbefassung wegen Beschlusslage